

Mitte: Kita soll an jüdische Kinder erinnern

Von Joachim Atzbach

WIESBADEN - „Rosel-und-Josef-Stock-Kindertagesstätte“, schlägt der Ortsbeirat Mitte als Namen für die derzeit im Neubau befindliche Geschwister-Stock-Kindertagesstätte vor. Das Gremium unterstützt damit einstimmig eine Anregung von Dorothee Lottmann-Kaeseler, der langjährigen Vorsitzenden des Aktiven Museums Spiegelgasse. Nicht betroffen von der Namensänderung soll der Geschwister-Stock-Platz bleiben.

In Sobibor ermordet

Der Geschwister-Stock-Platz erinnert daran, dass der nationalsozialistische Rassenwahn auch vor Kindern nicht haltmachte. An diesem Platz, damals namenlose Anbindung der Kronprinzenstraße zur Bahnhofsstraße, wurden mindestens 40 Wiesbadener Kinder jüdischer Herkunft auf dem Weg zur Deportation vorbei getrieben, am 10. Juni 1942 auch Rosel und ihr Bruder Josef. Noch im gleichen Jahr wurden Rosel und Josef Stock im Vernichtungslager Sobibor ermordet. Rosel war fünf Jahre alt, Josef wahrscheinlich noch keine acht Jahre.

Mit ihrem Vorschlag möchte Dorothee Lottmann-Kaeseler besonders die Erinnerung an die Schicksale der jüdischen Kinder wach halten. „Gerade Kindern im Kita-Alter wird die Nennung von Vornamen einen näheren Bezug zu ihrer Umgebung und der damit verbundenen Geschichte ermöglichen.“

Guido Haas (Grüne), der für den abwesenden Ortsvorsteher Presber (SPD) die Sitzung leitete, signalisierte uneingeschränkte Zustimmung des gesamten Ortsbeirates: „Ihr Vorschlag trifft auf offene Ohren.“ Bevor der Ortsbeirat von seinem Namensvorschlagsrecht für städtische Einrichtungen Gebrauch machen wird, wird er sich mit Elternbeirat und Kindertagesstätten-Leitung abstimmen.

Sorgfältig im Blick behalten will der Ortsbeirat die Situation entlang der Adolfsallee. In der Bürgerfragestunde beklagte ein Anwohner die weiter anhaltende Umwandlung von Vorgärten in Parkplätze entgegen eindeutigen Auflagen des Denkmalschutzes. Seine weitere Vorgehensweise koppelt der Ortsbeirat an eine nochmalige Sichtung des bereits vorhandenen Schriftverkehrs mit der Verwaltung. Sollte sich daraus Handlungsbedarf ergeben, werde der Ortsbeirat mittels eines Berichtsantrages vorstellig werden.